**(5) Positionen I:**

**Gegen das Schweigen der Intelligenz: Briefe von Ricarda Huch, Stefan Pollatschek, Klaus Mann, Bronislaw Hubermann**

Der Erfolg, den Bernhard Rust, der kommissarische preußische Kultusminister, erzielt hatte, indem er Heinrich Mann durch politischen Druck zum Rücktritt vom Vorsitz der Abteilung für Dichtkunst und dem Ausscheiden aus der Akademie der Künste gezwungen hatte, war für den Fortgang der Entwicklung im Bereich von Publizistik und Literatur von erheblicher Bedeutung. Er zeigte den Nationalsozialisten: speziell Bernhard Rust, Alfred Rosenberg und Joseph Goebbels, dass es kaum Schwierigkeiten bereitete, einer renommierten Institution den Willen aufzuzwingen und sich somit ihres kulturellen Prestiges zu bemächtigen. Obwohl es für Rusts Drohung, im Falle von Heinrich Manns Verbleiben die Akademie aufzulösen, keine rechtliche Basis gab,[[1]](#footnote-1) war ernsthafter Widerstand nicht erkennbar geworden. Im Gegenteil, der Präsident der Akademie Max von Schillings hatte sich in der Angelegenheit zu Rusts Sprachrohr gemacht und der an sich leeren Drohung damit erst Gewicht verliehen. Einflussreiche Mitglieder der Akademie, allen voran Gottfried Benn, hatten durch ihr Agieren Rust in die Hände gearbeitet. Wäre das nicht der Fall gewesen und die Zumutung, Heinrich Mann zum Rücktritt und Ausscheiden aus der Akademie zu veranlassen, zurückgewiesen worden, hätte Rusts Renommee Schaden erlitten. Gegenüber der Öffentlichkeit wäre deutlich geworden, dass Rust seine Machtstellung als preußischer Kultusminister missbraucht und gegen Recht und Gesetz gehandelt hatte. Die Akademie war als ein Selbstverwaltungsorgan schließlich autonom. Rust war *Kurator* der Akademie, aber er besaß ihr gegenüber kein Weisungsrecht.

In dieser frühen Phase der nationalsozialistischen Diktatur war auch die Presse ein Faktor von Gewicht. Aufgrund der Lage waren die die führenden liberalen Zeitungen: die *Vossische Zeitung*, das *Berliner Tageblatt* und die *Frankfurter Zeitung*, davon ausgegangen, dass eine derartige Zumutung am Protest der Akademiemitglieder scheitern werde.[[2]](#footnote-2) Als das nicht der Fall war, Heinrich Mann aus eigenem Entschluss zurücktrat und die Mitgliederversammlung das Agieren von Schillings implizit gebilligt hatte, war es für eine Stellungnahme zu spät. Dies war – zumindest formal – eine autonome Entscheidung der Akademie. Jetzt bestand jedoch Klarheit. Widerstand gegen die vollständige Indienstnahme der Akademie durch die Regierung war von nun an nicht mehr zu erwarten. Döblins Antrag an die Sektion, Heinrich Mann vor dem Plenum zu befragen, war durch Gottfried Benns Gegenantrag zurückgewiesen worden. Formal war das richtig, denn die Grundlage des Antrags hatte sich inzwischen verändert. De facto jedoch hatte Benn erst damit dem Vorgehen von Rust und von Schillings die Zustimmung verschafft.[[3]](#footnote-3)

Dies war der Beginn der „Neuordnung“ oder „Reorganisation“ der Akademie der Künste. Auch hierbei leistete Gottfried Benn entscheidende Schrittmacherdienste. Unter Hinweis auf „Unterredungen mit dem Präsidenten“[[4]](#footnote-4) brachte er in seiner Eigenschaft als kommissarischer Leiter der Schriftstellersektion auf der Sitzung der vom 13. März 1933[[5]](#footnote-5) den Antrag ein, die Sektion solle, um ihre Bereitschaft, „an der Zukunft der Nation mitzugestalten“, zum Ausdruck zu bringen, über eine diesbezügliche, von ihm verfasste „Umfrage“ abstimmen. Sie wiederum solle als Grundlage der Reorganisation sowie „einer eindeutigen und zuverlässigen Arbeit der Abteilung“ dienen. – In der Sprache, in der Benn sein Antrag formuliert war, spiegelt sich auf bestürzende Art und Weise der neue Zeitgeist. Geradezu schockierend ist jedoch der inquisitorische Ton. Es handelte sich in Wahrheit nicht um eine harmlose „Umfrage“, wie beschönigend immer wieder formuliert wird, sondern um die Forderung nach Offenlegung der politischen Gesinnung. Gefordert wurde die „Anerkennung der geschichtlichen Lage“, also die Zustimmung zur nationalsozialistisch geführten Regierung und damit auch ihrer Rassenpolitik. Nur wer sich hier positiv äußerte, hatte überhaupt eine Chance, Mitglied der Akademie zu bleiben. „Juden“ oder „Judenstämmlinge“ hatten sie nicht. Aber das war in dem Beschluss noch nicht formuliert:

„Sind Sie bereit, unter Anerkennung der veränderten geschichtlichen Lage weiter Ihre Person der Preußischen Akademie der Künste zur Verfügung zu stellen? Eine Bejahung dieser Frage schließt die öffentliche politische Betätigung gegen die Regierung [!] aus und verpflichtet Sie zu einer loyalen Mitarbeit an den satzungsgemäß der Akademie zufallenden nationalen kulturellen Aufgaben im Sinne der veränderten geschichtlichen Lage.“

Wie diese Befragung ausging, ist bekannt.[[6]](#footnote-6) Thomas Mann, Alfred Döblin und Alfons Paquet erklärten ihren Rücktritt. Rudolf Pannwitz, René Schickele und Jakob Wassermann wiesen die geforderte Erklärung zurück, ohne auszutreten. Sie werden wie andere ausgeschlossen.

Bemerkenswert ist, dass in diesem Fall von einer Seite, wo es nicht erwartet worden war, Protest laut wurde.[[7]](#footnote-7) In einem luzid argumentierenden Schreiben an von Schillings erläuterte Ricarda Huch, die stellvertretende Vorsitzende der Sektion, weshalb *sie* unter den gegebenen Umständen *nicht weiter Mitglied der Akademie* sein könne:

„[...] Es liegt mir daran, Ihnen verständlich zu machen, warum ich Ihrem Wunsche [in der Preußischen Akademie zu verbleiben] nicht entsprechen kann.

Daß ein Deutscher deutsch empfindet, möchte ich fast für selbstverständlich halten; aber was deutsch ist, und wie Deutschtum sich betätigen soll, darüber gibt es verschiedene Meinungen. Was die jetzige Regierung als nationale Gesinnung vorschreibt, ist nicht mein Deutschtum. Die Zentralisierung, den Zwang, die brutalen Methoden, die Diffamierung Andersdenkender, das prahlerische Selbstlob halte ich für undeutsch und unheilvoll. Bei einer so sehr von der staatlich vorgeschriebenen Meinung abweichenden Auffassung halte ich es für unmöglich, in einer staatlichen Akademie zu bleiben.

Sie sagen, die mir von der Akademie vorgelegte Erklärung werde mich nicht an der freien Meinungsäußerung hindern. Abgesehen davon, daß ‚eine loyale Mitarbeit an den satzungsgemäß der Akademie zufallenden nationalen kulturellen Aufgaben im Sinne der veränderten geschichtlichen Lage’ eine Übereinstimmung mit dem Programm der Regierung erfordert, die bei mir nicht vorhanden ist, würde ich keine Zeitung oder Zeitschrift finden, die eine oppositionelle Meinung druckte. Da bleibt das Recht der freien Meinungsäußerung in der Theorie stecken.

Sie erwähnen die Herren Heinrich Mann und Dr. Döblin. Es ist wahr, daß ich mit Herrn Heinrich Mann nicht übereinstimmte, mit Herrn Dr. Döblin tat ich es nicht immer, aber doch in manchen Dingen. Jedenfalls möchte ich wünschen, daß alle nichtjüdischen Deutschen so gewissenhaft suchten, das Richtige zu erkennen und zu tun, so offen, ehrlich und anständig wären, wie ich ihn immer gefunden habe. Meiner Ansicht nach konnte er angesichts der Judenhetze nicht anders handeln, als er getan hat. [...]“[[8]](#footnote-8)

Ricarda Huch rekurrierte hier auf Tatbestände, die der intellektuellen Elite hätten vor Augen stehen müssen: die Pressezensur, das Verbot der freien politischen Äußerung und speziell die regierungsamtliche „Judenhetze“. Mit Recht unterstellte sie, dass sich der Revers vor allem gegen Döblin richtete, der sich in der betreffenden Sitzung als der entschiedenste Verteidiger Heinrich Manns erwiesen hatte.[[9]](#footnote-9)

 Der Brief Ricarda Huchs steht im Kontext von Ereignissen, die sich in der Zwischenzeit vollzogen hatten und die für den, der sich ein Bild von den Intentionen der neuen Regierung machen wollte, Klarheit schafften. Der Brief Max von Schillings‘ mit der von Benn formulierten Loyalitätserklärung gegenüber der nationalsozialistischen Regierung datiert vom 14. März 1933. Zu diesem Zeitpunkt waren – aufgrund der Notverordnung im Zusammenhang des Reichstagsbrandes – bereits zentrale Grund- und Freiheitsrechte der Weimarer Verfassung aufgehoben, so der Artikel 114 (Freiheit der Person), 115 (Unverletzlichkeit der Wohnung), 117 (Postgeheimnis), 118 (Recht der freien Meinungsäußerung), 123 (Versammlungsfreiheit) und 153 (Unverletzlichkeit des Eigentums). Aufgrund der ebenfalls im Zuge dieser Notverordnung neu geschaffenen Straftatbestände „Verrat“ und „Verstoß gegen das Wohl des Reiches“ konnte darüber hinaus nahezu jede missliebige politische Handlung inkriminiert werden. Schriftsteller wie Ossietzky und Mühsam befanden sich in Haft; andere waren der Verhaftung im Zusammenhang des Reichstagsbrandes nur durch Abtauchen in die Illegalität oder durch die Flucht entgangen. Zahlreiche Zeitungen, darunter auch die *Weltbühne,* waren inzwischen verboten. Ricarda Huch hatte sicherlich recht, wenn sie unterstellte, dass sich in Deutschland inzwischen „keine Zeitung oder Zeitschrift finden [würde], die eine oppositionelle Meinung druckte“.

Für den Fall, dass die *Weltbühne* verboten würde, war bereits 1932 die *Wiener Weltbühne* als Ausweichorgan gegründet worden. Die erste Ausgabe erschien am 22. Dezember 1932. – Um auf den Skandal aufmerksam zu machen, dass es in Zusammenhang des erzwungenen Rücktritts von Heinrich Mann und Käthe Kollwitz – vom Austritt Martin Wagners abgesehen – zu keiner nennenswerten Solidaritätsaktion von Kollegen gekommen war, griff der Wiener Literaturkritiker Stefan Pollatschek zum Instrument der Polemik. Dazu wählte er sich einen *österreichischen* Schriftsteller aus, der Mitglied der Schriftstellersektion war: Franz Werfel. Am 9. März 1933 veröffentlichte er in dieser Angelegenheit einen Offenen Brief an Werfel. Pollatschek täuscht Desorientiertheit vor:

„Zur Überraschung Ihrer gewiß sehr zahlreichen Verehrer und Freunde hat bisher keine Zeitung Ihren Austritt aus der preußischen Dichterakademie gemeldet.“

Allerdings, so gibt Pollatschek zu erwägen, könne der Grund dafür die Pressezensur sein, die in Deutschland bestehe. Dies anzunehmen sei aus vielerlei Überlegungen naheliegend:

„Denn es wäre doch im höchsten Maße unvorstellbar, dass Sie in einem Kreise verbleiben, der den erzwungenen Rücktritt Heinrich Manns ohne Protest hinnimmt, dass Sie noch weiterhin der Dichterakademie eines Landes angehören sollten, das völlig willkürlich Schriftsteller wie Ludwig Renn, Lehmann-Rußbüldt, Carl von Ossietzky und Egon Erwin Kisch verhaftet.“

Mit der Erwähnung von Ludwig Renn, Lehmann-Rußbüldt, Carl von Ossietzky und Egon Erwin Kisch bezog Pollatschek sich auf die Verhaftungswelle im Zuge des Reichstagsbrandes. Angesichts der Vorkommnisse sei, so Pollatschek, der demonstrative Austritt aus der Akademie die einzig angemessene Reaktion. Solch ein Schritt wäre für jedermann verständlich.

Werfel hatte diesen Schritt *nicht* vollzogen. Pollatscheks Ton wird schärfer:

„Sie, Franz Werfel [...], der Sie in Ihrem Landhaus sitzen, vermutlich eingesponnen in einen neuen Roman (von dem heute bereits recht betriebsam berichtet wird, dass er die brennende albanesische Frage behandelt [...] – glauben Sie wirklich, dass man als erfolgreicher Dichter nicht eine Geste der Menschlichkeit, nein, weit weniger: eine Geste der Sauberkeit wagen könnte?“

Der Protest sei eine Frage des „menschlichen Anstands“; wenn ein Schriftsteller in einer solchen Situation nicht protestiert, verliere er seine Glaubwürdigkeit. Einer besonderen Begründung bedürfe es nicht. Sei er, Werfel, „nicht im Jahre 1918 so etwas wie ein Kommunist“ gewesen? Nein, meint Pollatschek, ein Mensch mit dieser Vergangenheit wie Werfel, mit derartig klaren Beweisen seiner Gesinnungstreue *ist* aus der Preußischen Akademie der Künste ausgetreten. Es kann sich gar nicht anders verhalten; der Zensur-Apparat des NS-Regimes muss diese Nachricht unterdrückt haben. Wenn das jedoch nicht der Fall sei, dann müsse Werfel handeln:

„Dann aber beeilen Sie sich, diese Nachricht selbst zu verbreiten. Denn es genügt keineswegs, irgendwo zu sitzen und Romane von italienischen Geschwister [das ist eine Anspielung auf Werfels Roman *Die Geschwister von Neapel*] zu schreiben, die, wenn sie auch im heimatlich-trauten Dialekt plaudern, dennoch mit uns nichts zu tun haben.“[[10]](#footnote-10)

Die Polemik gipfelt in dem Diktum:

„Dichter gehören heute in die Zeit, Franz Werfel, und zur Stunde in die allererste Reihe. Sechsmal eher ein Hoch dem E. E. Kisch, über den die zünftigen Dichter die Nase rümpfen.“

Kisch hatte sich nach seiner Entlassung aus der Haft im Zuge des Reichstagsbrandes unmissverständlich zu den Vorgängen in Berlin geäußert.

Wie richtig Pollatscheks Vorgehen war, wird daran erkennbar, dass Werfel einen Rückzug aus der Akademie nicht einmal in Erwägung gezogen hatte. Er änderte seine Haltung jedoch nicht. Am 19. März unterschrieb Werfel nach vorheriger telefonischer Anforderung eines Erklärungsformulars den Revers.[[11]](#footnote-11) Mit einem Schreiben vom 27. März 1933 wurde er aufgefordert, sich zu seiner Staatsangehörigkeit zu äußern. Am 5. Mai 1933 erhielt er durch Max von Schillings schließlich die Mitteilung über seinen Ausschluss. Aufgrund seiner jüdischen Abstammung war Werfel für die Akademie nicht mehr tragbar.

In einer – äußerst wichtigen Frage – befand sich Pollatschek im Unrecht: Werfel arbeitete zu dieser Zeit keineswegs an einem ‚unpolitischen Roman‘, sondern an einem Text mit geradezu prognostischer Kraft: an seiner Darstellung des Genozids an den Armeniern *Die vierzig Tage des Musa Dagh.*

Ob Klaus Mann polemisieren wollte, als er am 9. Mai 1933 von Le Lavandou aus einen Brief an Gottfried Benn richtete, ist die Frage.[[12]](#footnote-12) Eher war es der Versuch, Benn eine Brücke zur Umkehr, zu einer Revision seiner Haltung zu bauen. Der Brief entbehrt keineswegs polemischer Züge; dominant ist aber ein Gestus offener Entschiedenheit. Klaus Mann warb um Benn. Er sah in ihm keineswegs einen Nationalsozialisten. Er unterstellte vielmehr, dass sich Benn, weil er sich durch unangemessene Kritik „von links“ gekränkt sah, aus purer Opposition den Nationalsozialisten und ihren Helfern angeschlossen hatte. Die Flucht in den radikalen „Irrationalismus“ interpretierte Klaus Mann als eine Trotzreaktion – als menschlich verständlich, aber politisch falsch:

„In den letzten Wochen sind mir verschiedentlich Gerüchte über Ihre Stellungnahme gegenüber den ‚deutschen Ereignissen’ zu Ohren gekommen, die mich bestürzt hätten, wenn ich mich hätte entschließen können, ihnen Glauben zu schenken. Das wollte ich keinesfalls tun. Eine gewisse Bestätigung erfahren diese Gerüchte durch die Tatsache, die mir bekannt wird, daß Sie – eigentlich als einziger deutscher Autor, mit dem unsereins gerechnet hatte – Ihren Austritt aus der Akademie *nicht* erklärt haben. [...] Was konnte Sie dahin bringen, Ihren Namen, der uns der Inbegriff des höchsten Niveaus und einer geradezu fanatischen Reinheit gewesen ist, denen zur Verfügung zu stellen, deren Niveaulosigkeit absolut beispiellos in der europäischen Geschichte ist und von deren moralischer Unreinheit sich die Welt mit Abscheu abwendet? [...] Heute sitzen Ihre jungen Bewunderer, die ich kenne, in den kleinen Hotels von Paris, Zürich und Prag – und Sie, der ihr Abgott gewesen ist, spielen weiter den Akademiker *dieses* Staates. [...]

Mit Beunruhigung [...] verfolgte ich schon seit Jahren, wie Sie, Gottfried Benn, sich aus Antipathie gegen diese aufgeblasenen Flachköpfe [gemeint sind hier die Benn-Kritiker in der *Frankfurter Zeitung*, in der *Linkskurve* und in anderen meinungsbildenden Periodika] in einen immer grimmigeren *Irrationalismus* retteten. Diese Haltung blieb rein geistig und hatte für mich eine große Verführungskraft, wie ich gestehe – aber das hinderte nicht, daß ich ihre Gefahren spürte. [...] Es scheint ja heute ein beinah zwangsläufiges Gesetz, daß eine zu starke Sympathie mit dem Irrationalen zur politischen Reaktion führt, wenn man nicht höllisch genau achtgibt. Erst die große Gebärde gegen die ‚Zivilisation’ – eine Gebärde, die, wie ich weiß, den geistigen Menschen nur zu stark anzieht –; plötzlich ist man beim Kultus der Gewalt, und dann schon beim Adolf Hitler. [...]

Ich habe zu Ihnen geredet, ohne daß Sie mich gefragt hatten; das ist ungehörig, ich muß noch einmal um Entschuldigung bitten. Aber Sie sollen wissen, daß Sie für mich – und einige andere – zu den sehr wenigen gehören, die wir keinesfalls an die ‚andere Seite’ verlieren möchten. Wer sich aber in dieser Stunde zweideutig verhält, wird für heute und immer nicht mehr zu uns gehören. Aber freilich müssen Sie ja wissen, was Sie für unsere Liebe eintauschen und welchen großen Ersatz man Ihnen drüben dafür bietet; wenn ich kein schlechter Prophet bin, wird es zuletzt Undank und Hohn sein. Denn, wenn einige Geister von Rang immer noch nicht wissen, wohin sie gehören –: die dort drüben wissen ja ganz genau, wer nicht zu ihnen gehört: nämlich der Geist.

Ich wäre Ihnen dankbar für jede Antwort.

Meine Adresse:

Hotel de la Tour, *Sanary* s.m. (VAR)

Ihr Klaus Mann“

Im Grundzug handelt es sich um ein eher einfühlsames, die eigene Argumentation immer wieder reflektierendes Schreiben. Vielleicht war der Tenor sogar *zu* einfühlsam, *zu* persönlich. Er zeigt dem Adressaten Klaus Manns sensible Schwäche. Das könnte möglicherweise erklären, weshalb der Brief Klaus Manns Benn zu einer beleidigenden, in Argumentation und Duktus absolut unakzeptablen Antwort verführte.

 Dass Benn bei seiner Entgegnung, der „Antwort an die literarischen Emigranten“, „die gesellschaftliche Contenance“ wahrte, wie Joachim Dyck sagt,[[13]](#footnote-13) kann man durchaus auch anders sehen. Ist es tatsächlich ein Zeichen von Contenance, wenn Benn auf einen persönlichen Brief mit einer in einer Zeitung veröffentlichten Antwort reagiert und den Abdruck zusammen mit einem zweizeiligen Gruß an den Autor schickt?[[14]](#footnote-14) Überaus suspekt ist auch die redaktionelle Bemerkung, die den Offenen Brief einleitet: „Gottfried Benn, der Arzt und Dichter, hat von Berufsgenossen, die zu Beginn der deutschen Umwälzung ins Ausland gingen, verschiedene Zuschriften mit Vorwürfen wegen seiner politischen Haltung gegen den neuen deutschen Staat empfangen. Um Mißverständnisse zu vermeiden, sei festgestellt, daß es sich um Briefschreiber nichtjüdischer Abstammung handelt.“[[15]](#footnote-15) Die Verallgemeinerung: „Antwort an *die* literarische Emigranten“ ist zudem keineswegs höflich; der Hinweis, dass es sich „um Briefschreiber *nichtjüdischer* Abstammung handelt“, aus einer Reihe von Gründen taktlos und deplaciert.

Benn beginnt mit einer in indirekter Rede formulierten Paraphrasierung von Klaus Manns. Dabei wird der Text subtil manipulatorisch verändert:

„Sie schreiben mir einen Brief aus der Nähe von Marseille. In den kleinen Badeorten am Golf de Lyon, in den Hotels von Zürich, Prag und Paris, schreiben Sie, säßen jetzt als Flüchtlinge die jungen Deutschen, die mich und meine Bücher einst so sehr verehrten [...].“

Hatte Klaus Mann das Elend des Exils, das Leben der mittellosen Emigranten in den „kleinen *Hotels*“ angesprochen, so spricht Benn mit einer scheinbar nebensächlichen Umsetzung der Attributierung von den „kleinen *Badeorten* am Golf de Lyon“ – als ob es sich um ein Leben in einer idyllischen, weltläufigen Sinekure handelte – und vom Leben „in den Hotels von Zürich, Prag und Paris“ – so, als ob sich die Exilanten Hotelaufenthalte in den europäischen Metropolen leisten könnten. Es ist eine Verdächtigung, die sich bis in die Zeit nach Ende des Dritten Reiches fortsetzt, erkennbar an der Formulierung: die Emigranten hätten von den „Logen- und Parterreplätzen des Auslands“, so Frank Thieß in seinem Brief an Thomas Mann vom 18. August 1945 „der deutschen Tragödie“ – wie er unterstellt: scheinbar unberührt – zugesehen.

Immer wieder gibt Benn vor, auf Formulierungen Klaus Manns zurückzugreifen. In Wahrheit verkehrt er die zurückhaltenden, zögerlichen Anmerkungen Klaus Manns durch unvollständiges Zitieren in ihr Gegenteil. Das verfälschende Zitat geht schließlich in offenen Hohn und Beleidigungen über:

„In Ihrem Brief lautet die Stelle so: ‚Erst kommt das Bekenntnis zum Irrationalen, dann zur Barbarei, und schon ist man bei Adolf Hitler.‘ Das schreiben Sie in dem Augenblick, wo doch vor aller Augen Ihre opportunistische Fortschrittsauffassung vom Menschen für weiteste Strecken der Erde Bankerott gemacht hat, wo es sich herausstellt, daß es eine flache, leichtsinnige, genußsüchtige [!] Auffassung war, daß nie je in einer der wahrhaft großen Epochen der menschlichen Geschichte das Wesen des Menschen anders gedeutet wurde als irrational, irrational heißt schöpfungsnah und schöpfungsfähig. Verstehen Sie doch endlich dort an Ihrem lateinischen Meer, daß es sich bei den Vorgängen in Deutschland gar nicht um politische Kniffe handelt, [...] sondern es handelt sich um das Hervortreten eines neuen biologischen Typs, die Geschichte mutiert [!] und ein Volk will sich züchten.“

Benn verwirft den Begriff der „Zivilisation“; er setzt ihm den Begriff der „Züchtung“ entgegen. Vom Mittelmeer, hier dem Fluchtort der Emigranten, aus historischer Perspektive der Ursprung der vorderasiatisch-europäischen Kultur, spricht Benn als von „Ihrem lateinischen Meer“. Das Attribut „lateinisch“ erhält einen abschätzigen Nebenton; Benn verwirft demonstrativ den Begriff der „Clarté“. Emphatisch betont er „das Hervortreten eines neuen biologischen Typs“, und ganz im Sinne der nationalsozialistischen Volkstums - bzw. Rassenbiologie formuliert er: „die Geschichte mutiert“ – „ein Volk will sich züchten“. – Im Kontext der Vorgänge, die sich zwischen Januar und Mai 1933 in Deutschland vollziehen, sind solche Sätze kaum miss zu verstehen.

Auf erheblich größere Resonanz stieß der polnische Violinist Bronislaw Huberman mit seinem Protest gegen den nationalsozialistischen Rassismus. Der Brief, den Huberman am 10. Juli 1933 an Wilhelm Furtwängler richtete und den er am 13. September im *Prager Tagblatt* veröffentlichte, fand weltweit Beachtung.

 Huberman hatte jahrelang mit Furtwängler eng zusammengearbeitet. Es bestanden zwischen ihnen freundschaftliche Beziehungen; beide sprachen sich in ihren Briefen mit „lieber Freund“ an.[[16]](#footnote-16) Die Entfremdung begann im Frühjahr 1933. In einem Brief an „Bn.“, vermutlich den Violinisten Rudolf Bergmann, den späteren Konzertmeister des Palestine Orchestra, vom 18. Oktober 1933[[17]](#footnote-17) berichtet Huberman, dass Furtwängler bereits im Mai anlässlich eines Konzertes in Wien stundenlang versucht habe, ihn zu einer Zusage für die kommende Saison in Berlin zu bewegen. Furtwängler habe in diesem Gespräch angeführt, dass er sich dafür um eine „regierungsseitige Erklärung neuer Richtlinien“ bemühen werde. Er hatte dabei eine Ausnahmeregelung für Konzertauftritte von (jüdischen) Künstlern vor Augen: „Ich lehnte diese Zusage als unter meiner Würde […] ab“. Gleichzeitig habe er bereits bei diesem Gespräch angedeutet, seine Absage der Öffentlichkeit zu übergeben. Die Kompromissformel, die Furtwängler anstrebte enthielt als Kernsatz: „Jeder wirkliche Künstler soll in Deutschland tätig sein“; über die Qualität solle eine „vom Minister eingesetzte Kommission“ entscheiden.[[18]](#footnote-18) Das Ziel war die „Rettung des Konzertwesens“ in Deutschland.

 Bevor Huberman mit seinem an Furtwängler gerichteten Brief an die Öffentlichkeit trat, hatte er den Vorschlag gemacht, die in dieser Angelegenheit ausgetauschten Briefe *gemeinsam* zu veröffentlichen. Furtwängler lehnte das ab. – In seinem Brief an Furtwängler geht Huberman zunächst auf spektakuläre Proteste prominenter Musikkünstler gegen die Rassenpolitik des Nationalsozialismus ein: auf die Absage Toscaninis an Bayreuth, Paderewskis Pariser Hilfskonzert für die aus Deutschland geflüchteten Musikkünstler und auf die Aktionen der Brüder Adolf und Fritz Busch. Er fühle sich von „dem gleichen Solidaritätsgefühl“ bestimmt. Dann geht Huberman auf die Pläne ein, die Furtwängler in Absprache mit der nationalsozialistischen Regierung verfolgt:

„Die Regierung glaubt, das Selektionsprinzip der Höchstleistung als entscheidend für die Musik wie für jede andere Kunst erst hervorheben zu müssen. Diese Unterstreichung des an sich Selbstverständlichen wäre sinnlos, wenn daraus nicht implizite der Wille spräche, *auf allen übrigen Kulturgebieten* eben das Nichtverständliche, nämlich die *Rassenauslese weiter gelten* zu lassen. Außerdem klafft selbst innerhalb dieser willkürlich auf die Kunst beschränkten Verkündung des Leistungsprinzips in ihrer praktischen Anwendung ein unüberbrückbarer Widerspruch. Denn zum Begriff der Kunstpflege im allgemeinen gehören in erster Linie die *Lehrinstitute und Kunstsammlung,* und zum innersten Wesen der Musikpflege im besonderen gehören die staatlichen und städtischen Opernhäuser; und doch ist mir nicht bekannt geworden, dass nunmehr die Wiedereinstellung jener Museumsdirektoren, Kapellmeister und Musiklehrer beabsichtigt sei, die wegen ihrer jüdischen Abstammung oder abweichenden politischen oder sogar nur apolitischen Einstellung *entlassen wurden.“[[19]](#footnote-19)*

Huberman hebt hier den entscheidenden Mangel an Furtwänglers Plänen hervor: Eine Sonderregelung für das öffentliche Konzertwesen dient nichts anderem als dem kulturellen Prestige des Dritten Reiches. Die rassistische Diskriminierung, von der alle Bereiche der Kunstausübung betroffen sind, wird damit jedoch nicht korrigiert *– im Gegenteil, sie wird durch die Schaffung dieses Sonderbereiches in Wirklichkeit nur absichtsvoll verdeckt.*

 Huberman geht dann genauer auf Furtwänglers Versuch ein, ihn, Huberman, menschlich „in die Pflicht“ zu nehmen. Furtwängler argumentiert, dass einer den Anfang machen muss:

„Sie versuchen mich mit dem Satz zu überzeugen, ‚dass Einer den Anfang machen muss, um die trennende Wand zu durchbrechen‘. Ja, wen es sich nur um eine Wand im Konzertsaal handeln würde! Aber diese Frage einer mehr oder minder berufenen Interpretation eines Violinkonzertes ist nur einer der mannigfachen Aspekte – und, weiß Gott, nicht der wichtigste –, unter denen sich das eigentliche Problem verbirgt. In Wahrheit geht es um die elementaren Voraussetzungen unserer europäischen Kultur: Die Freiheit der Persönlichkeit und ihre vorbehaltlose, von Kasten- und Rassenfesseln befreite Selbstverantwortlichkeit! Ob diese mit Gut und Blut erkämpften Errungenschaften unserer Väter wieder zur Herrschaft gelangen – das wird nicht durch die Bereitschaft des Einzelmenschen entschieden, der als ‚Erster die trennende Wand durchbricht‘, sondern wie in der Vergangenheit von dem Gewissen und der unüberhörbaren Forderung der Gemeinschaft, die, einmal erwacht, alle Widerstände mit Naturgewalt wie papierne Wände durchbrechen wird.“

Der Brief endet mit bewegenden, stark emotional geprägten Formulierungen:

„Ich kann diesen Brief nicht schließen, ohne meinen tiefen Schmerz über die Ursachen auszudrücken, die mich augenblicklich von Deutschland trennen. Ganz besonders empfinde ich diesen Schmerz als Freund meiner deutschen Freunde, als Interpret der deutschen Musik, der den Widerhall seines deutschen Publikums sehr entbehrt. Und nichts könnte mich glücklicher machen als die Wahrnehmung eines sich auch außerhalb des Konzertwesens anbahnenden Umschwungs, der mich von dem meine Seele zutiefst treffenden Gewissenszwang, Deutschland zu entsagen, befreien würde.“

Auch andere Instrumentalisten: Piatigorski, Casals, Menuhin, Thibaud und Kreisler weisen Furtwänglers Angebot zurück. Implizit fordert Huberman auch von Furtwängler Solidarität ein. Furtwängler verweigert sie ihm.

1. Max von Schillings selber hatte 1925 in einer ähnlichen Angelegenheit erfolgreich gegen den damaligen Kultusminister Becker geklagt. Ihm war also durchaus bewusst, dass Rusts Drohung, die Akademie aufzulösen, auf tönernen Füßen stand. Vgl. Werner Mittenzwei: *Der Untergang,* S. 224. [↑](#footnote-ref-1)
2. Inge Jens: *Akademie*, S. 191. [↑](#footnote-ref-2)
3. Vgl. Joachim Dyck: *Der Zeitzeuge*, S. 78 f. [↑](#footnote-ref-3)
4. Inge Jens: *Akademie*, S. 199. [↑](#footnote-ref-4)
5. Ich folge hier der Darstellung von Inge Jens: *Akademie,* S. 199 f. [↑](#footnote-ref-5)
6. Vgl. Inge Jens: *Akademie*, S. 212*;* ebenso *„Das war ein Vorspiel nur …“.* Bücherverbrennung Deutschland 1933: Voraussetzungen und Folgen. Hrsg. von Hermann Haarmann, Walter Huder u. Klaus Siebenhaar. Berlin/Wien 1983, S. 69 f. [↑](#footnote-ref-6)
7. Das Faktum ist bereits weiter oben erwähnt worden, vgl. Kap. 3. [↑](#footnote-ref-7)
8. Der Brief Ricarda Huchs wird zitiert nach Joseph Wulf: *Literatur und Dichtung im Dritten Reich.* Reinbek 1966, S. 26 f.; der Brief ist datiert vom 9. April 1933. [↑](#footnote-ref-8)
9. Absolut eindeutig war allerdings der Protest des Architekten und Berliner Stadtbaurats Martin Wagner: Ostentativ trat er aus der Akademie aus. [↑](#footnote-ref-9)
10. Die Polemik verfehlt an dieser Stelle ihr Ziel. Werfel arbeitete zu dieser Zeit an einem politisch brisanten Projekt, an *Die vierzig Tage des Musa Dagh*. Der Roman, der Ende 1933 im Zsolnay Verlag erschien, wurde im Februar 1934 aufgrund der „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz des Deutschen Volkes“ vom 4. Februar 1933, § 7, in Deutschland verboten. Mit Ausnahme von *Tod des Kleinbürgers, Barbara* und *Verdi* stehen alle Romane Werfels auf der sog. „Schwarzen Liste I“ (März 1933), die die Grundlage für die „Säuberung der Bibliotheken“ bildete. – Vgl. [Friedemann Berger. Hrsg.] *In jenen Tagen …* Schriftsteller zwischen Reichstagsbrand und Bücherverbrennung. Eine Dokumentation. Leipzig/Weimar 1983, S. 266. [↑](#footnote-ref-10)
11. Vgl. Inge Jens: *Akademie,* S. 204. [↑](#footnote-ref-11)
12. So – als „wohldurchdachte, eindrucksvoll formulierte Kampfansage“ – interpretiert Joachim Dyck den Brief. Vgl. Joachim Dyck: *Der Zeitzeuge,* S. 106. [↑](#footnote-ref-12)
13. Dyck: *Zeitzeuge,* S. 109. [↑](#footnote-ref-13)
14. Gottfried Benn: Antwort an die literarischen Emigranten. – In: *Deutsche Allgemeine Zeitung* vom 23. Mai 1933. [↑](#footnote-ref-14)
15. Zitiert bei Dyck: *Zeitzeuge*, S. 109. [↑](#footnote-ref-15)
16. Zur Vorgeschichte der Kontroverse Huberman – Furtwängler vgl. Barbara von der Lühe: „Lieber Freund …“. Zur Kontroverse zwischen Bronislaw Huberman und Wilhelm Furtwängler um das nationalsozialistische Deutschland. – In: *Exil* 24 (2004), H. 1, S. 70 - 75. [↑](#footnote-ref-16)
17. Von der Lühe, a.a.O., S. 75, Anm. 5. [↑](#footnote-ref-17)
18. Der Text des entsprechenden Exposés ist abgedruckt bei Frithjof Trapp: *Zwischen Schönberg und Wagner.* Musikerexil 1933-1949. Das Beispiel P. Walter Jacob. Berlin 2005, S. 51. – Der Text wurde vom *Prager Tagblatt* dem Huberman-Brief vorangestellt. [↑](#footnote-ref-18)
19. Ebd., S. 52. [↑](#footnote-ref-19)